

Schwerpunkt

Unser Lebensmittel "Wasser"



Trinkwasser im Überfluss war auch bei uns lange nicht selbstverständlich. Hatten die Römer mit ihren Äquadukten noch technische Meisterleistungen der Wasserversorgung erbracht, dauerte es danach bis ins 19. Jahrhundert, bis in Europa eine weitgehend flächendeckende Wasserzufuhr aufgebaut war. Wie heute die Trinkwasserversorgung gedeckt wird, wie es in anderen Teilen der Welt aussieht und wie wasserreich unser Alltag ist, erfahren Sie hier.

Lesen Sie dazu in diesem Magazin:

- ▶ **Kleines ABC des Trinkwassers**
- ▶ **Viel Trinken, clever Spülen**
- ▶ **Wie unser Wasser gewaschen wird**
- ▶ **Wasser in der Welt**

Empfehlenswerte Links:

- ▶ Kostenlose Bürgerhotline zur Influenza A/H1N1 des Bundesgesundheitsministeriums [↗](#)
- ▶ Neues Bevölkerungsschutzportal des Bundesinnenministeriums [↗](#)
- ▶ Tag der offenen Tür der Bundesregierung am 22./23. August 2009 [↗](#)

Weitere Themen:

Lebensmittel + Produkte



Im September beginnt der Glühlampenausstieg

[mehr ▶](#)

Gesundheit

Bietet Ihre Krankenkasse genug Service?

[mehr ▶](#)

Finanzen + Recht



Standards für die Anlageberatung

[mehr ▶](#)

Energie + Wohnen



Abgasfrei und geräuschlos durch Berlin

[mehr ▶](#)

Multimedia

Neue Schranken für den Datenhandel

[mehr ▶](#)

[mehr ▶](#)

Lesetipps

- ▶ Gesetz gegen unerlaubte Telefonwerbung ist in Kraft getreten [☞](#)
- ▶ Gesetzliche Neuregelungen im Juli und August [☞](#)
- ▶ Aktuelle Broschüre "Fahrgastrechte – Clever reisen!" [☞](#)

[mehr ▶](#)

Umwelt + Nachhaltigkeit



Wie die Umweltbewegung zum Mauerfall beitrug

[mehr ▶](#)

Impressum

© 2009 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

- ▶ Impressum
- ▶ Abonnieren Sie auch die weiteren Themenmagazine der Bundesregierung

REGIERUNG
online

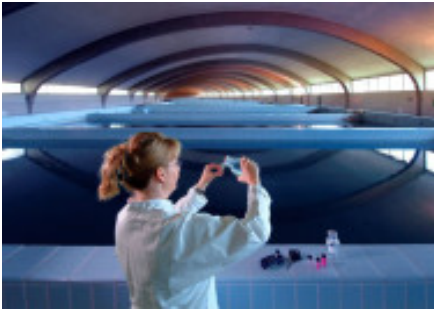


Foto: Henseler/laif
 Unser Trinkwasser wird ständig kontrolliert

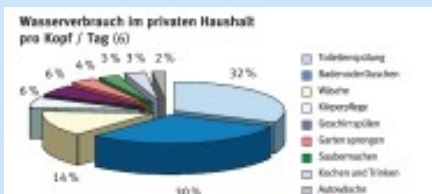
Schwerpunkt

Kleines ABC des Trinkwassers

Wir haben uns daran gewöhnt, dass das durchsichtige Nass Tag für Tag zur Verfügung steht – in genügender Menge, rund um die Uhr und vor allem in hoher Qualität. Hinter dieser Selbstverständlichkeit stehen jedoch eine hohe wirtschaftliche Leistung und eine strenge Kontrolle.

Deutschland gehört zu den privilegierten Ländern, die nicht unter Wassermangel leiden müssen – im Gegenteil. Die Bundesanstalt für Gewässerkunde schätzt die Wassermenge, die in Grund- und oberirdischen Binnengewässern vorhanden ist, auf 188 Milliarden Kubikmeter. Davon sind circa 49 Milliarden Grundwasser, das sind 26 Prozent des verfügbaren Wassers.

Für die 82,5 Millionen Einwohner Deutschlands stehen rein rechnerisch ungefähr 6.241 Liter Wasser pro Kopf und Tag zur Verfügung – der gegenwärtige Verbrauch liegt bei circa 125 Liter pro Tag.



- **Wasserverbrauch im privaten Haushalt**

Nur vier bis sechs Liter unseres Wasserverbrauchs werden für Trinken und Kochen verwendet.

Grundwasser – der weltweit meistgenutzte Rohstoff

Grundwasser ist für die Trinkwassergewinnung wichtig. Fast noch unentbehrlicher scheint es für die Wirtschaft: Der Wasserbedarf der privaten Haushalte macht nur circa 16 Prozent des Gesamtverbrauchs aus, der Rest – 84 Prozent – geht in die Industrie. Davon werden gut drei Viertel von Wärmekraftwerken vor allem für Kühlzwecke entnommen. Knapp 27 Prozent benötigen Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe für Produktionsprozesse. Die Landwirtschaft verbraucht demgegenüber nur eine kleine Menge.

Trinkwasser

Jährlich werden etwa 5,4 Millionen Kubikmeter Wasser gefördert (Stand: 2004), 74 Prozent aus Grund- und Quellwässern. Die Versorgung mit Trinkwasser übernehmen deutschlandweit über

6.700 meist kommunale Unternehmen, die aus über 18.000 Anlagen Wasser gewinnen.

Einige Bundesländer können ihren Bedarf an Wasser zu 100 Prozent aus Grundwasser decken. Andere nutzen auch natürliche oder künstliche Oberflächengewässer – also Seen, Flüssen oder Talsperren. Auch "Uferfiltrat" – Brunnen in der Nähe von Flüssen oder Seen – und künstlich angereichertes Grundwasser werden genutzt. Vor allem in Ballungsgebieten oder im Sommer übersteigt der Wasserbedarf regional das Angebot. Hier schaffen Fernleitungen den Ausgleich zwischen Mangel- und Überschussgebieten. Auch die 300 Talsperren spielen dabei eine Rolle.

Hohe Qualität

Der aktuelle Qualitätsbericht des Bundesministeriums für Gesundheit und des Umweltbundesamtes belegt erneut die gute bis sehr gute Qualität des deutschen Trinkwassers. Bei den meisten mikrobiologischen und chemischen Parametern werden zu über 99 Prozent die Anforderungen eingehalten und die Grenzwerte nicht überschritten.

Zentrale Vorschrift für unser Trinkwasser ist die Trinkwasserverordnung von 2001. Sie enthält spezielle Anforderungen an die Beschaffenheit und die Aufbereitung. Vor allem enthält sie Grenzwerte für gesundheitsschädliche Stoffe – etwa für Schwermetalle, Nitrat, organische Verbindungen – und Krankheitserreger. Die Verordnung verlangt nicht nur, dass Trinkwasser gesundheitlich unbedenklich ist. Es soll auch ästhetisch ansprechen: Es muss farblos, klar, kühl, geruchlos sein und darf keinen anormalen Geschmack haben.

Ständige Kontrolle

Die amtliche Überwachung übernehmen in der Regel die Gesundheitsämter. Die Fachaufsicht führt das jeweils zuständige Landesministerium des Bundeslandes.

Die Wasserversorger sind verantwortlich, dass im abgegebenen Wasser keine Krankheitserreger enthalten sind. Dasselbe gilt für chemische Stoffe in gesundheitsschädlichen Konzentrationen. Um die Wasserqualität sicherzustellen, untersuchen die Versorger regelmäßig das Wasser nach einheitlichen Verfahren.

Die Gesundheitsämter entnehmen zusätzliche Proben und geben sie zur Analyse weiter. Die Gesundheitsämter kontrollieren auch Hausinstallationen in öffentlichen Gemeinschaftseinrichtungen wie Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern, Senioreneinrichtungen oder Gaststätten.

Die letzten Meter

Trinkwasser sollte den Weg vom Wasserversorger zum Wasserhahn möglichst rasch zurücklegen. Oft lagert Wasser jedoch in den Hausleitungen, da nicht an allen Hähnen ständig gezapft wird.

Stagniert Wasser in der Leitung, kann es Inhaltsstoffe aus den Leitungsrohren und metallische Korrosionsprodukte aufnehmen. Das gilt unter Umständen für Blei, das bis in die 70er Jahre des letzten Jahrhunderts für Wasserrohre verwendet wurde.

Nach etwas längerer Zeit können sich aber auch mikrobielle Einflüsse aus Biofilmen oder aus schwach durchströmten Winkeln des Verteilungsnetzes nachteilig bemerkbar machen – kurz: das Wasser verkeimt.

Das Umweltbundesamt empfiehlt deswegen: Trinkwasser, das mehr als vier Stunden in der Leitung gestanden hat, sollte man nicht zur Zubereitung von Speisen und Getränken verwenden. Insbesondere ist es für Säuglingsnahrung nicht geeignet.

Verwenden Sie für alle Lebensmittelzwecke frisches, nachfließendes Wasser. Das erkennt man daran, dass es etwas kühler aus der Leitung kommt als das "Stagnationswasser".

Wichtig ist auch, dass die Armaturen nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik installiert sind.

Wasserhärte

Die Gesamthärte des Wassers gibt an, wie stark das Wasser mit Calcium- und Magnesiumionen versetzt ist. Dieser Wert ist besonders bei technischen Vorgängen wichtig, da die Ionen zu Ablagerungen in Töpfen, in Maschinen und Rohrleitungen führen. Calcium und Magnesium bilden im Übrigen bei einer Zugabe von Waschmitteln schwer lösliche Kalkseifen. Das Waschmittel muss also bei einer größeren Härte des Wassers stärker dosiert werden, um die gleiche Waschwirkung zu erzielen. Die Härte des Trinkwassers kann innerhalb Deutschlands stark variieren. Welchen Härtegrad Ihr Wasser hat, erfahren Sie beim örtlichen Wasserversorger.

Wie und wo können Sie Ihr Trinkwasser untersuchen lassen? Falls es Anlass für einen begründeten Verdacht auf Grenzwertüberschreitung gibt – zum Beispiel durch Blei aus Bleirohren – oder auf vermeidbare oder unerwünschte Korrosionsprodukte oder von Verunreinigungen aus Ihrer Trinkwasser-Installation, sollten Sie hierüber das örtliche Gesundheitsamt informieren. Es kann beispielsweise dabei helfen, eine fach- und sachgerechte Überprüfung durch eine in Ihrem Bundesland akkreditierte Untersuchungsstelle zu veranlassen. Gesundheitliche Fragen zur Bewertung Ihres Trinkwassers beantwortet das örtliche Gesundheitsamt, technische Fragen Ihr Installationsunternehmen beziehungsweise der Wasserversorger.



Kontext

Verordnung über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch
Wasser-Informationen des Bundesgesundheitsministeriums
Broschüre zur richtigen Trinkwasser-Installation
Wasser-Informationen des Umweltbundesamts
Branchen-Informationen zur Wasserwirtschaft

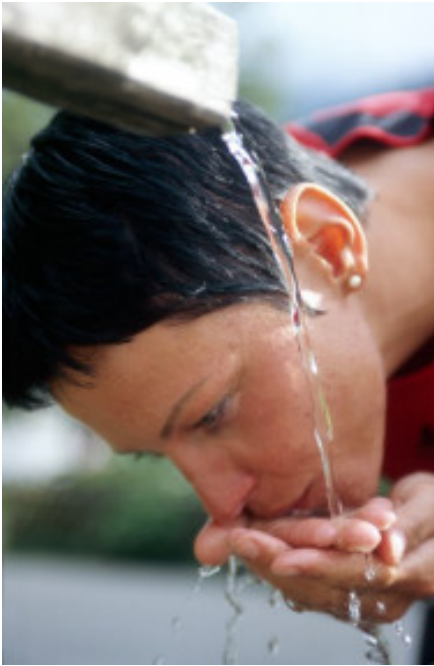


Foto: laif
Kein Mensch kann ohne Wasser leben

Schwerpunkt

Viel Trinken, clever Spülen

Wir sind mehr flüssig als fest, zumindest den Zahlen nach: Schweiß, Urin, Tränen oder Blut machen 63 Prozent des Körpers aus. Er braucht Flüssigkeit, etwa um die Körpertemperatur zu regulieren oder um Schadstoffe auszuscheiden.

Was passiert, wenn man zu wenig trinkt? Die Konzentration von Giftstoffen in der Körperflüssigkeit steigt. Die Stoffwechsel-Endprodukte können nicht mehr aus den Zellen transportiert werden – der Körper vergiftet sich. Ein Wasserverlust von mehr als 20 Prozent ist bereits lebensbedrohlich.

Das heißt: ausreichend trinken! Bei einem erwachsenen Menschen liegt der durchschnittliche Tagesbedarf an "Wasser" bei etwa 40 Gramm pro kg Körpergewicht. Bei einem Gewicht um die 50 kg zum Beispiel braucht man also circa zwei Liter, bei 80 kg etwa 3,2 Liter am Tag.

Der Flüssigkeitsbedarf ist aber auch vom Alter abhängig. Säuglinge und Kinder benötigen mehr pro kg Körpergewicht als Erwachsene. Auch sehr heißes Wetter und salziges Essen lassen den Bedarf wachsen.

Wassersparen auch in Deutschland?

Wasser sparen! Mit dieser Regel sind viele Verbraucherinnen und Verbraucher aufgewachsen. Aber stimmt das auch wirklich? Tatsächlich steht im deutschsprachigen Raum genügend Trinkwasser zur Verfügung. Der tägliche Wassergebrauch – derzeit circa 125 Liter – ist seit Jahren in Deutschland rückläufig. Das hat verschiedene Gründe: so sind die Abwassergebühren in den letzten Jahren gestiegen. Und moderne Armaturen und Haushaltsgeräte senken den Verbrauch zusätzlich. Die Industrie nutzt Kühlwasser zunehmend im Kreislauf. Pro Jahr rechnen die Wasserwerke deswegen mit einem Rückgang des Wasserverbrauchs um ein bis zwei Prozent.

Dennoch lohnt es sich, mit Wasser sorgsam umzugehen. Denn ein sparsamer Umgang entlastet den Wasserhaushalt. Es entsteht weniger Abwasser und die Wasserwerke müssen weniger

Wasser zu Trinkwasser aufbereiten. Auch der Energieverbrauch für die Wasserversorgung und die Abwasserentsorgung wird gesenkt. Natürlich sind auch die Kosten für Wasser und Abwasser für den Verbraucher interessant. 1.000 Liter Trinkwasser kosteten nach Branchenangaben 2007 durchschnittlich 1,85 Euro. Bei einem Wassergebrauch von 125 Litern fallen im Durchschnitt sieben Euro monatlich beziehungsweise 84 Euro jährlich pro Einwohner an. Für das Abwasser ist eine Gebühr zu zahlen, die jährlich bei durchschnittlich 129 Euro (2005) liegt. So zahlt eine vierköpfige Familie oftmals 800 bis 1.000 Euro pro Jahr.

Virtuelles Wasser

Selbst wenn man zu Hause den Hahn gar nicht mehr aufdrehen würde, bräuchte man Wasser. In vielen Dingen unseres täglichen Gebrauchs ist es quasi versteckt, da man es für deren Herstellung benötigt. Beispiel: In einem Kilo Kaffee stecken 20.000 Liter Wasser. Für die Herstellung eines PKW werden 400.000 Liter virtuelles Wasser benötigt, für einen Computer 20.000 Liter. Rechnet man auch dieses "virtuelle Wasser" unserer Gegenstände hinzu, kommt man für jeden Einwohner auf die stattliche Menge von 4.000 Liter bis über 5.000 Liter pro Tag.

Das Besondere dabei ist: Virtuelles Wasser wandert. Durch den Welthandel profitiert ein Land vom Wasservorkommen eines anderen. Seit einigen Jahren wird der "Wasser-Fußabdruck" der Staaten weltweit systematisch untersucht. Deutschland gehört zu den "Top Ten" der Nettoimporteure von virtuellem Wasser. Eine dazu gerade erschienene Studie des World Wild Fund for Nature wird im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ausgewertet.

Es ist zu erwarten, dass durch die zunehmende Globalisierung der virtuelle Wassergebrauch weiter zunehmen wird. Der Welthandel kann für Länder mit geringen Wasserressourcen auch positive Seiten haben. Beispiel: ein wasserarmes Land importiert Getreide, das pro Kilogramm circa 2.000 Liter virtuelles Wasser enthält. Da das Land gleichzeitig aber auch Zitrusfrüchte exportiert, die zwei Drittel weniger virtuelles Wasser enthalten, hilft dies dem Land indirekt, Wasser zu sparen.

Die Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) berät Partnerländer dabei, wie man das Konzept des virtuellen Wassers in der Wasser- und Landwirtschaftspolitik umsetzen kann (siehe hierzu Artikel "Wasser in der Welt").

Wie kann man Wasser sparen?

- Auf Wasser sparende Geräte im Haushalt umrüsten, zum Beispiel besonders sparsame Duschbrausen und Waschmaschinen, Spülkästen mit Spülstopp-Taste.
- Ein Geschirrspüler kann gegenüber Spülen per Hand bis zu 31 Liter Wasser einsparen. Waschmaschinen und Geschirrspüler sollten nur dann eingeschaltet werden, wenn sie vollständig gefüllt sind. So sparen Sie auch Reinigungsmittel und tragen weniger zur Abwasserbelastung bei.
- Wer duscht, statt zu baden, kann bis zu 70 Prozent Trinkwasser und Energie für das warme Wasser einsparen.
- Beim Zähneputzen sollte der Trinkwasserhahn geschlossen sein.
- Lebensmittelverpackungen mit dem Grünen Punkt müssen nicht gespült werden. Es reicht aus, diese "löffelrein" in den gelben Sack zu stecken.
- Für die Bewässerung von Gärten sollte kein Trinkwasser, sondern Regenwasser verwendet

werden. Um die Verdunstungsverluste niedrig zu halten, sollte nicht mittags, sondern morgens oder abends gewässert werden.

- Gemüse oder Salat anstatt unter fließendem Wasser in einer Schüssel mit Wasser waschen.
- Autowäschen sollten nur auf Waschplätzen oder in Waschanlagen erfolgen, da sie eine eigene Abwasserbehandlung haben. Besonders umweltschonende Anlagen erkennen Sie am "Blauen Engel".



- **Interview zum Thema "Wasser Trinken"**

Wann empfiehlt es sich, Mineralwasser zu trinken?

Brauche ich einen Wasserfilter?

Fragen wie diese beantwortet Susann-Cathérine Ruprecht,

Ernährungswissenschaftlerin am

Ernährungsforschungsinstitut Potsdam

REGIERUNG
online

Kontext

Verbrauchertipps beim Wassersparen

Virtuelles Wasser

Aktueller Weltwasserbericht der UN



Foto: Jochen Eckel
Rund 10.000 Kläranlagen gibt es in Deutschland

Schwerpunkt

Wie unser Wasser gewaschen wird

Trinkwasser ist in Deutschland das am besten kontrollierte Lebensmittel. Ein Blick in eine der Berliner Leitungswasser-"Küchen" – das Wasserwerk Tegel.

In den großen, drei Meter breiten Becken blubbert es braun-gelb. Weißer Schaum schwappt über die Ränder. Appetitlich sieht es nicht gerade aus, was hier im Berliner Wasserwerk Tegel aus bis zu 170 Metern Tiefe gepumpt wird. Dennoch ist diese Flüssigkeit trinkbar. Allerdings schmeckt das Wasser ziemlich rostig. Die bräunliche Verfärbung kommt durch Eisen- und Manganflocken zustande, die hier, in den Schnellfilteranlagen, entfernt werden.

Trinkwasseraufbereitung mit natürlichen Mitteln

Etwa 700 Brunnen pumpen das Trinkwasser an die Oberfläche. Dort wird es zunächst in einer Belüftungsanlage über Düsen versprüht, damit es sich mit Sauerstoff anreichert. Der Sauerstoff oxidiert mit den Eisen- und Manganverbindungen und lässt sie ausflocken. In der Schnellfilteranlage werden die Flocken dann mithilfe einer zwei Meter dicken Sandschicht entfernt. Fertig ist das Reinwasser! Nun muss es nur noch zu den Verbraucherinnen und Verbrauchern gepumpt werden.

Für die Kontrolle des Trinkwassers sind die regionalen Wasserversorger sowie die Gesundheitsämter zuständig. Allein in Berlin werden an 180 Stellen direkt monatlich Proben entnommen. Darüber hinaus bewachen Messfühler in den Wasserwerken rund um die Uhr die chemische Zusammensetzung.

Abwasseraufbereitung mechanisch ...

Saubere Flüsse und Seen sind wichtig, um die Qualität unseres Trinkwassers zu garantieren. Daher darf Abwasser aus Haushalten und Fabriken nicht ungeklärt in die Natur gelangen. Die Berliner Wasserbetriebe reinigen jeden Tag rund 620.000 Kubikmeter Abwasser. Dies wird anschließend in die Spree oder in die Havel geleitet.

Wie alle Klärwerke in Deutschland arbeitet man auch in Berlin nach einem mehrstufigen Prinzip: Zunächst wird das Abwasser in der Rechenanlage von allen groben Verunreinigungen befreit. Die trübe, grau-gelbliche Flüssigkeit fließt an engen Gittern vorbei. Diese halten Speisereste, Plastik und Hygieneartikel, manchmal auch Schmuck zurück.

Weiter geht es in den Sandfang. Er besteht aus langen Rinnen, in denen sich Sand, Kies und Steine am Boden absetzen und abgepumpt werden. Langsam strömt das Wasser nun in das Vorklärbecken. Dort sammeln sich schwimmfähige Teilchen, größtenteils Fett, an der Oberfläche und werden entfernt.

... und bio

Das mechanisch vorgereinigte Wasser fließt anschließend in die biologische Reinigungsstufe. Hier bauen Milliarden von Mikroorganismen (Einzeller) die Schadstoffe, Phosphate und Stickstoffverbindungen ab. In den großen, fünf Meter tiefen Becken blubbert es grau-braun, weißer Schaum bildet sich an der Oberfläche. Nach getaner Arbeit verbleiben die Mikroorganismen im so genannten Belebtschlamm.

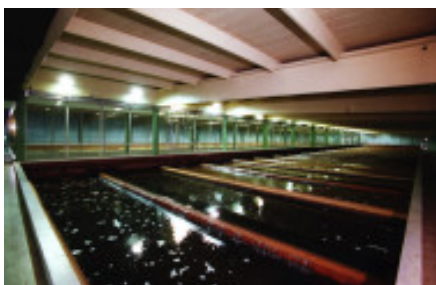


Foto: laif
Filterhalle im Klärwerk des Wasserwerks Tegel

"Diese Technik wurde in den letzten Jahrzehnten perfektioniert", erläutert Stephan Natz, Sprecher der Berliner Wasserbetriebe. Allerdings gebe es bestimmte Substanzen, gegen die auch die Kleinstlebewesen bisher nicht ankommen, beispielsweise einige Arzneiwirkstoffe. "Von den Tausenden von Wirkstoffen gelangt ungefähr ein Dutzend in Spuren ins Oberflächengewässer", erklärt der "Wassermann". Um auch dieser Stoffe künftig Herr zu werden, testen die Berliner Wasserbetriebe derzeit eine vierte Reinigungsstufe. Denkbar seien zum Beispiel Nano- oder Mikrofiltration, die Bestrahlung mit UV oder der Einsatz von Ozon.

Problemquelle Mensch

"Momentan sind Arzneimittelrückstände im Wasser noch kein Anlass zur Besorgnis", beruhigt Hermann Dieter, Trinkwasser-Toxikologe beim Umweltbundesamt. Allerdings könne sich dies langfristig zu einem echten Problem auswachsen, wenn jetzt nicht vorsorglich gehandelt werde. Ein Grund sei die steigende Lebenserwartung der Menschen und die Tatsache, dass immer mehr rezeptfreie Medikamente erhältlich seien. Es sei anzunehmen, dass die Menge der eingenommenen und später ausgeschiedenen Wirkstoffe zunehme. Die Pharmaunternehmen seien daher gefordert, verstärkt Produkte zu entwickeln, deren Wirkstoffe nicht ins Trinkwasser gelangen können. Aber auch die Verbraucher dürften Medikamente nicht über die Toilette entsorgen, so der Experte.

Uran im Trinkwasser – Blei in den Rohren

In einigen Gegenden Deutschlands, vor allem in Nordbayern, Baden-Württemberg und im Harz, befindet sich Uran in höheren Werten im Trinkwasser. "Werte bis zehn Mikrogramm pro Liter sind unbedenklich", sagt Hermann Dieter. Trinkwasser, das höhere Uran-Werte aufweise, solle aber mittels Ionenaustauschfilter aufbereitet werden, empfiehlt das Bundesumweltamt. Noch gibt es

keinen Grenzwert für dieses Schwermetall im Trinkwasser. Das soll sich aber nach dem Willen des Bundesgesundheitsministeriums bis zum Ende des Jahres ändern. In der neuen Trinkwasserverordnung will es einen Grenzwert von zehn Mikrogramm festschreiben. Ein Problem, das dagegen immer kleiner wird, ist die Belastung des Leitungswassers durch Bleirohre. Seit 2003 sind Hausbesitzer verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die ihnen anvertrauten Mieterinnen und Mieter einwandfreies Wasser erhalten. Ab 2013 darf ein Liter Wasser nicht mehr als zehn Mikrogramm Blei enthalten, bisher sind 25 Mikrogramm zulässig. Diesen Grenzwert könne man nur einhalten, wenn kein einziger Meter Rohr mehr aus Blei sei, so Natz.



Kontext

Wissenswertes zum Thema "Wasser als Lebensmittel und dessen Gewinnung"
Informationen des Umweltbundesamtes zu Trinkwasser- und Gewässerschutz
Informationen des Bundesumweltministeriums zu Abwasser



Foto: Version / Maro

Sauberes Wasser ist die Grundlage allen Fortschritts

Schwerpunkt

Wasser in der Welt

Weltweit hat mehr als eine Milliarde Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Etwa 2,4 Milliarden müssen ohne sanitäre Anlagen auskommen. Das ist lebensgefährlich: Jeden Tag sterben rund 5.000 Menschen an Durchfallerkrankungen – verursacht durch verunreinigtes Trinkwasser und unhygienische Abwasserentsorgung.

Wasser ist der Schlüssel für wirtschaftliche Entwicklung – und es wird in vielen Regionen der Welt immer knapper. Bedingt durch die Erderwärmung, das Wachstum der Weltbevölkerung, zunehmende Industrialisierung und Verstädterung steigt der Wasserverbrauch der Menschen. Selbst vorsichtige Prognosen gehen davon aus, dass sich der Bedarf in den nächsten drei Jahrzehnten vervierfacht. In über dreißig Ländern vor allem Afrikas und des Nahen Ostens besteht bereits heute akute Wasserknappheit. Experten schätzen, dass im Jahr 2025 etwa 2,7 Milliarden Menschen in Regionen mit extremer Wasserarmut leben werden.

Wassermangel hat politische Ursachen

Unter Wassermangel und fehlender sanitärer Versorgung leiden vor allem die Armen. Die Probleme entstehen meist weniger durch geografische und klimatische Faktoren als vielmehr durch Missmanagement, Korruption der politisch Verantwortlichen und mangelnde Investitionen in die Infrastruktur. In der Hafenstadt Al Shehr im Jemen beispielsweise sind zwar alle Bewohner an das Wassernetz angeschlossen, doch sind die Leitungen marode. Nicht einmal zwei Drittel des kostbaren Guts kommen bei den Menschen an. Das Abwasser fließt ungeklärt ins Meer. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit hilft dabei, das Leitungsnetz zu sanieren und die prekäre Abwassersituation zu verbessern.

Wasser – Schwerpunkt der deutschen Entwicklungspolitik

Deutschland investiert jährlich rund 350 Millionen Euro in den Wassersektor von etwa 30 Ländern. Es ist damit seit vielen Jahren nach Japan und den USA der größte bilaterale Geber in diesem Bereich.

Bei allen entwicklungspolitischen Maßnahmen im Wassersektor orientiert sich die Bundesrepublik an dem vor drei Jahren international vereinbarten Leitbild des Integrierten Wasserressourcen-Managements (IWRM). Wichtige Ziele sind, Wasserressourcen nachhaltig zu nutzen und Konflikte um Wasser friedlich zu lösen.

Friedliche Kooperationen fördern

Viele Regionen mit Wasserknappheit liegen in internationalen Fluss- oder Seegebieten. Die Verschmutzung und Verknappung des Lebenselixiers verschärft zwischenstaatliche Konflikte. So gab es in der Vergangenheit immer wieder Streit zwischen den Anrainerstaaten des Nils unter anderem darüber, wer wie viel Wasser entnehmen darf. 1999 schlossen sie sich zur Nilbecken-Initiative zusammen. Ihr Ziel ist es, die Wasserressourcen gemeinsam zu nutzen und sich bei der Entnahme abzusprechen. Deutschland fördert diese grenzüberschreitende Kooperation, indem es die Akteure bei der Angleichung ihrer Wasserpolitiken berät.

Ähnliche Projekte gibt es entlang des Kongos und rund um den Tschadsee, dem größten Süßwasserreservoir in Afrika. In den letzten 40 Jahren hat der See 90 Prozent seiner ursprünglichen Fläche verloren. Schuld daran ist auch die unkontrollierte Wasserentnahme für die Landwirtschaft. Um Spannungen entgegenzuwirken, schlossen sich sechs Anrainerstaaten zu einer Kommission zusammen. Deutschland unterstützt sie bei der Erarbeitung einer grenzüberschreitenden Managementstrategie, um der weiteren Schrumpfung des Sees entgegenzuwirken.

Hilfe zur Selbsthilfe

Ein wichtiges Ziel der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ist die Bildung von selbständigen Institutionen, die nach den Prinzipien des IWRM arbeiten. Dabei soll stets die lokale Bevölkerung mit einbezogen werden. In Indien, wo über die Hälfte der Armen in trockenen Gebieten lebt, werden mit deutscher Unterstützung Dorfbewohner im Wassermanagement ausgebildet. Dadurch können viele Betroffene heute Wasseranlagen selbst betreiben und finanziell tragen. Dies stärkt nicht zuletzt ihren Einfluss und ihr Selbstbewusstsein.

Virtueller Wasserhandel in der Entwicklungsberatung

Die Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH, die die Bundesregierung in der Umsetzung ihrer Entwicklungspolitik unterstützt, berät die Partnerländer dabei, wie man das Konzept des virtuellen Wassers in der Wasser- und Landwirtschaftspolitik umsetzen kann. Besonders Länder mit großer Wasserknappheit benötigen eine strategische Planungsgrundlage, auf deren Basis die Wasserallokation in die verschiedenen Sektoren und Regionen geschieht. Die GTZ berät einige wasserarme Länder des Nahen Ostens und Nordafrikas bei der Erstellung solcher Planungsgrundlagen (zum Beispiel Algerien, Tunesien und Jordanien). In Jordanien wurde gemeinsam mit GTZ-Beratern ein "Wasser Masterplan" entwickelt. Sein Ziel: neben Versorgungssicherheit der stetig wachsenden Bevölkerung mit Trinkwasser, landwirtschaftliche Nutzflächen effizienter zu bewässern und die Wasserbilanz bis 2020 auszugleichen.

"Ein bewusster Handel mit virtuellem Wasser", so Andreas Kuck, Leiter des Kompetenz-Feldes "Wasser" in der GTZ, "ist besonders für Entwicklungsländer (zum Beispiel Südafrika, Namibia und Botswana) interessant, die einen relativ hohen Entwicklungsstand haben, und daher ökonomisch in der Lage sind, die nötigen Devisen aufzubringen, um Nahrungsmittel einzuführen und deren Volkswirtschaften nicht mehr überwiegend durch die Landwirtschaft getragen werden."

Fortschritte

Im Jahr 2000 einigten sich die Vereinten Nationen auf so genannte Millenniumsziele. Eins davon besagt, dass bis zum Jahr 2015 die Anzahl der Menschen, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben, halbiert werden soll. "Momentan sieht es so aus, als könnte man dieses Ziel erreichen", sagt Christoph Merdes, Wasser-Referent im Bundesentwicklungsministerium. Zwischen 1990 und 2006 hätten 1,6 Milliarden Menschen Zugang zu sauberem Trinkwasser erhalten. Allerdings seien die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern groß. Die Region mit den größten Fortschritten war Südasien, insbesondere Indien. Auch in Afrika südlich der Sahara konnten seit 1990 207 Millionen Menschen mit einem Trinkwasser-Zugang versorgt werden. Der Anteil stieg damit von 49 auf 58 Prozent.

Anders sieht es in der Sanitärversorgung aus. Hier reduzierte sich die Anzahl der Menschen, die keinen Zugang zu Toiletten und Abwassersystemen haben, bisher nur um acht Prozent. In Südasien etwa müssen fast zwei Drittel der Bevölkerung nach wie vor ohne Sanitärversorgung auskommen.



Kontext

Hintergrundinformationen zum Thema "Wasser"

Ausgabe "Wasser für alle" des Magazins zur Entwicklungspolitik

Projekte der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit im Bereich "Wasser"

Integriertes Wasserressourcen-Management (IWRM)

5. Weltwasserforum in Istanbul 2009

Sonderseite des Bundesentwicklungsministeriums zur Weltwasserwoche 2008

Weltwasserwoche 2009 in Stockholm (englisch)



Foto: Schulz / Keystone
Energiesparlampen helfen, Strom zu sparen

Lebensmittel + Produkte

Ein Licht geht auf

Stromsparen, ohne sich einschränken zu müssen? Das geht, zum Beispiel durch den Einsatz von Energiesparlampen. Denn die herkömmliche Glühbirne ist nicht gerade eine Leuchte. Sie setzt nur fünf Prozent der verbrauchten Energie in Licht um. Bei der Sparlampe sind es etwa 25 Prozent. Deshalb werden ab dem 1. September 2009 Glühbirnen zugunsten von Energiesparlampen schrittweise abgeschafft.

Die EU-Kommission hat im März dieses Jahres zwei entsprechende Vorschriften verabschiedet. Damit wird weniger Energie sowohl beim Gebrauch von Haushaltslampen als auch bei der Beleuchtung von Büros, Straßen und Industrieanlagen verbraucht.

Die Einsparungen bis 2020 entsprechen ungefähr dem Stromverbrauch von 23 Millionen Haushalten oder der jährlichen Leistung von zwanzig 500-Megawatt-Kraftwerken. Mehr als 15 Millionen Tonnen Kohlendioxid können dadurch eingespart werden. Auf den einzelnen Haushalt herunter gerechnet heißt das: Wer auf Energiesparlampen umstellt, dessen Stromrechnung sinkt im Durchschnitt und je nach Anzahl der ausgetauschten Lampen jährlich zwischen 25 bis 50 Euro. Der höhere Anschaffungspreis von Sparlampen ist dabei bereits berücksichtigt.

Langsamer Einstieg in den Ausstieg

Der "Glühlampenausstieg" erfolgt in vier Stufen:

- ab dem 1. September 2009 werden die 100-Watt-Glühbirne und alle matten Glühbirnen aus dem Handel verschwinden,
- ab September 2010 dürfen Glühlampen mit mehr als 60-Watt nicht mehr verkauft werden,
- ab September 2011 solche mit mehr als 40-Watt und
- ab dem 1. Dezember 2012 sollen schließlich nur noch Glühlampen mit einer Helligkeit von 60 Lumen – das entspricht etwa 10 Watt – erhältlich sein.

Neue Maßeinheiten und Lichtfarben

Energiesparlampen strahlen das Licht in unterschiedlichen Farben ab. Daher sollte man sich bei ihnen anders als bei den herkömmlichen Glühbirnen an der erzeugten Helligkeit – Lumen – und

nicht an der Leistung – Watt – orientieren. Eine normale 60-Watt-Glühbirne ist rund 710 Lumen hell.

Wichtig ist auch die Lichtfarbe, die in Kelvin angegeben wird. Warmweißes Licht mit rund 2.700 Kelvin sorgt für eine gemütliche Wohnatmosphäre. Tageslichtweiß mit rund 7.000 Kelvin ist für den Arbeitsplatz ideal. Kelvin- und Lumenwerte stehen üblicherweise auf der Verpackung.

Für geschlossene Leuchten eignen sich wegen der größeren Lichtausbeute am besten Energiesparlampen mit sichtbaren Röhren. Diese sehen in etwa aus wie gefaltete Mini-Neonröhren. Bei offenen Leuchten reicht das Angebot von der klassischen Birnen- oder Tropfenform bis zur Kerze für den Kronleuchter.

Mittlerweile werden auch dimmbare Energiesparlampen im Handel angeboten. Diese sind speziell gekennzeichnet, allerdings ein wenig teurer als normale Energiesparlampen. Sie sollten daher nur dort Einsatz finden, wo sie wirklich gebraucht werden.

Wie werden Energiesparlampen entsorgt?

Wenn Energiesparlampen ausgedient haben, dürfen sie auf keinen Fall im Hausmüll oder Glascontainer landen. Sie müssen wie alte Batterien gesondert entsorgt werden. Man kann sie bei der kommunalen Sammelstelle für Schadstoffe (Recyclinghof) abgeben, auch mancher Händler nimmt bei Neukauf die alte Lampe zurück. Die Rückgabe ist für Privatpersonen kostenlos. Ursache für die besondere Entsorgung sind die gleichwohl geringen Mengen an Schadstoffen wie beispielsweise Quecksilber, die sie enthalten.

Zerbricht eine Energiesparlampe, sollte man die Bruchstücke vorsichtig mit einem Blatt Papier aufkehren. Anschließend die Reste in eine luftdichte Plastiktüte oder Einmachglas schütten und wie oben beschrieben entsorgen. Der betroffene Raum sollte für circa 20 bis 30 Minuten gut durchlüftet werden. Wichtig: keinen Staubsauger benutzen, da Quecksilber leicht flüchtig ist.

Kleine Lampenkunde

- Glühlampen leuchten mit einem Wolframdraht, der Strom zum Glühen bringt. Das erzeugt ein gelblich warmes Licht. Bei drei Stunden Betrieb am Tag liegt die Lebensdauer bei circa 1.000 Stunden. Dies entspricht ungefähr einem Jahr Brenndauer. Glühbirnen kann man für unter einem Euro kaufen.
- Energiesparlampen sind mit Gas und Quecksilber gefüllte Glasröhrchen, deren Außenhaut mit Leuchtstoff beschichtet ist. Sie werden deshalb auch als Leuchtstofflampen bezeichnet. Sie haben nicht nur eine höhere Energieausbeute als Glühlampen. Auch ihre Nutzungsdauer ist deutlich höher: zwischen drei und zehn Jahren je nach Qualität der Lampe. Sie kosten zurzeit etwa zehn Euro.
- Kompaktleuchtstofflampen sind besonders kleine Energiesparlampen. Sie brauchen je nach Produkt sehr unterschiedliche Zeiten um hell zu werden. Die Startzeit liegt zwischen null und

zwei Sekunden. Darüber hinaus benötigen sie nochmals bis zu zwei Minuten, um ihre Endhelligkeit zu erreichen. Dort, wo häufig ein- und ausgeschaltet wird, zum Beispiel in Fluren und Treppenhäusern, sollten speziell dafür entwickelte Lampen eingesetzt werden. Ansonsten entsprechen Kompaktleuchtstofflampen hinsichtlich Lichtausbeute, Nutzungsdauer und Kosten den Energiesparlampen.



Kontext

Fragen und Antworten zum Umstieg auf Energiesparlampen
Quecksilber und Energiesparlampen
Flyer "Bye bye Glühbirne! ... warum Energiesparlampen besser sind"

Im Wettbewerb um die Versicherten



Foto: laif

Vorbeugen ist besser als heilen!

Mit dem Start des Gesundheitsfonds zu Jahresbeginn zahlen alle Beitragszahler den gleichen Beitragssatz in der gesetzlichen Krankenversicherung. Damit wurde im Gesundheitswesen ein neues Kapitel aufgeschlagen. Lockten die Kassen bis dahin vor allem mit niedrigen Beiträgen, hat nun verstärkt ein Wettbewerb um die höchste Versorgungsqualität, den besten Service eingesetzt. Die Gesundheitsreform wirkt.

Qualität und Service zählen

Für die Versicherten stellen sich Fragen wie: Warum lohnt sich der Beitritt gerade in diese Krankenkasse oder rechnet sich ein Wechsel zu einer anderen Kasse? Was bietet die Kasse für mich, für meine Lebenslage und für meine Familiensituation? Gibt es besondere Chronikerprogramme? Kann mir die Kasse einen Termin beim Spezialisten vermitteln, wenn ich an einer bestimmten Krankheit leide? Welche Angebote sind vor allem für Familien attraktiv? Welche Präventionsangebote gibt es? Kann mir die Kasse Arzttermine am Samstag verschaffen?

Die Kassen entwickeln sich so zu echten Dienstleistern, die sich um die individuellen Bedürfnisse der Versicherten kümmern und bemühen müssen.

Kreative Angebote

Wer die Kundenmagazine der Versicherungen aufschlägt, dem springen Botschaften von "mehr Service" ins Auge. Kein Zweifel, die Bemühungen gehen in Richtung auf ein großes "Plus" an Qualität, Service und Leistung. Denn wer den Versicherten in den Mittelpunkt stellt, hat die Nase vorn.

Dies schließt Vorsorgeangebote ebenso ein wie "Extras". Belohnt wird eine gesündere Lebensweise: zum Beispiel fördern Kassen Mitgliedschaften in Sportvereinen und Fitnessstudios. Aber zum Beispiel werden auch Heilbehandlungen finanziert, die nicht im Katalog der Regelleistungen stehen. Manche Kassen tragen auch die Kosten, wenn Eltern im Krankenhaus übernachten (Rooming-In), weil ihr Kind dort stationär gerade behandelt wird.

Auch mit eigenen Versorgungszentren werben die Krankenkassen. Ärzte, Therapeuten und andere Heilberufler arbeiten hier unter einem Dach – oft haben sie auch Sprechstunde abends und am

Wochenende. Die Fachkräfte können bei der Behandlung eng zusammenarbeiten. So werden Arzneimittel besser abgestimmt und Doppeluntersuchungen vermieden. Wartezimmer mit Internetanschluss oder Lernecken für Kinder sollen die Wartezeiten verkürzen.

Versicherte als mündiger Partner

Für den Versicherten bedeutet der Wettbewerb, dass er genau hinschauen sollte, was die Kassen für ihn bieten. Nicht nur, um möglicherweise die Kasse zu wechseln. Sondern auch, um herauszufinden, welche besonders auf ihn zugeschnittenen Angebote seine Krankenkasse für ihn bereithält.

Um sich im Angebotsdschungel zurechtzufinden, gibt es eine Vielzahl seriöser Informationsangebote: etwa die Stiftung Warentest oder der Bundesverband der Verbraucherzentralen helfen bei dem Thema weiter. Zu einem guten Service gehört allerdings auch, dass die Kassen ihre Versicherten umfassend über ihre neuen Angebote aufklären – schon in ihrem eigenen Interesse.

Informationskampagne: Fragen Sie Ihre Krankenkasse!



Foto: REGIERUNGonline/BMG

Um die Verbraucherinnen und Verbraucher zu ermuntern, ihre Kassen auf den Prüfstand zu stellen, hat das Bundesgesundheitsministerium eine Informationskampagne gestartet. Zusammen mit der Stiftung Warentest und den Verbraucherzentralen will es den Service- und Leistungsvergleich zwischen den Krankenkassen erleichtern. Unter dem Motto "Fragen Sie Ihre Krankenkasse!" bieten die Partner Hilfestellungen an, um sich in der Fülle der Angebote zurecht zu finden. Herzstück ist eine kleine Karte mit neun Fragen, die jeder an seine Versicherung richten kann.

Daneben gibt es eine Informationsbroschüre sowie ein umfangreiches Informationsangebot im Internet.

Gutes Wirtschaften lohnt sich

Natürlich hat eine gute Gesundheitsversorgung auf medizinisch hohem Niveau ihren Preis. Der Einheitsbeitrag und flexible Angebote geben aber viel Spielraum für Wettbewerb und neue Kreativität beim Anbieter. Bonusprogramme, Zusatz- und Spartarife sowie sogar "Geld-Zurück-Optionen" zeugen davon. Gutes Wirtschaften lohnt sich – für die Krankenkassen und für die Versicherten. Also: Fragen Sie Ihre Krankenkasse!

Ein weiterer Trend betrifft das Verhältnis der Kassen untereinander. Hier ist ein Konzentrationsprozess feststellbar. Die gesetzlichen Kassen fusionieren oder kooperieren, um kostengünstiger als bisher Leistungen anbieten zu können. Experten erwarten, dass die Anzahl der gesetzlichen Krankenkassen weiter sinkt. Für das Verhältnis von Verwaltungsaufwand und Versicherungsleistungen ist das tendenziell von Vorteil.



Kontext

Broschüre "Bietet Ihre Krankenkasse genug Service?"
Informationen zu Service und Leistung der Kassen
Persönliche Beratung bei der Kassenwahl
Tests und Tipps zur gesetzlichen Krankenversicherung
Krankenkassen im Test

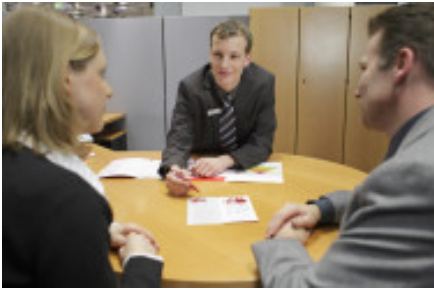


Foto: Ute Grabowsky/photothek.net

Die richtigen Fragen bei Beratungsgesprächen stellen

Finanzen + Recht

Besser Beraten = besser Anlegen

Allein 40.000 deutsche Kleinanleger haben durch Zertifikate der Lehman-Bank Vermögen verloren, so eine Studie der Verbraucherzentrale Hamburg. Dabei entstand ein Schaden von 692 Millionen Euro. An den Gerichten läuft eine Serie von Prozessen, in denen Banken oftmals wegen fehlerhafter Anlageberatung verurteilt werden.

Vielen Anlegern waren die Risiken – etwa die fehlende Einlagensicherung – überhaupt nicht bewusst. Und das, obwohl dem Verkauf eine Beratung durch ein Kreditinstitut oder einen Finanzberater vorausging. Ob der Grund dafür in einer fehlerhaften Beratung oder in zu wenig Selbstinformation des Anlegers liegt, ist von Fall zu Fall unterschiedlich. Die aufgetretenen Probleme zeigen aber zumindest folgende Tendenz: In den letzten Jahren haben viele Banken, Sparkassen und Finanzvermittler verstärkt komplizierte Anlageprodukte auch an unerfahrene Kunden verkauft.

Praktische Hilfe sofort

Hier setzt eine Qualitätsoffensive des Bundesverbraucherministeriums an. Seit März gibt es die Checkliste für ein Bankberatungsgespräch. Sie hilft, in dem Gespräch die richtigen Fragen zu stellen und so die Auskünfte zu bekommen, die man auch wirklich will.

Eine weitere praktische Orientierungshilfe ist der Verbraucherleitfaden für den Abschluss eines privaten Altersvorsorgevertrages. Das "Checkheft Altersvorsorge" unterstützt die Verbraucherinnen und Verbraucher bei jedem Beratungsgespräch und sorgt für passgenaue Verträge.

Neuausrichtung der Finanzberatung

Der nächste Schritt ist, die Finanzberatung möglichst rasch grundlegend zu verbessern. Deswegen erarbeitet das Verbraucherministerium derzeit zusammen mit der Finanzwirtschaft und den Verbraucherverbänden ein Bündel von Maßnahmen. Ziel ist, nicht darauf zu warten, bis die derzeit auf europäischer Ebene vorbereiteten gesetzgeberischen Maßnahmen fertig sind. Vielmehr sollen Finanzdienstleister, Anlageanbieter, -makler und -berater freiwillig mehr für den Verbraucherschutz tun. Dies geht schneller, aber wird es auch effektiv sein? Bundesverbraucherministerin Ilse Aigner: "Ich werde überprüfen, ob die Wirtschaftsbeteiligten die Anpassungen auf freiwilliger Grundlage vornehmen. Für die nächste Legislaturperiode werden wir daraufhin entscheiden, welche Maßnahmen erforderlich sind."

Auf einer Fachveranstaltung mit 25 Vertretern von Banken, Finanzdienstleistern, Versicherungsberatern und -maklern, Gewerkschafts- und Verbraucherseite am 23. Juli wurde ein Thesenpapier dazu erörtert. Das Ministerium hatte es zuvor mit Finanzwissenschaftlern entwickelt. Die darin enthaltenen Kernpunkte sind:

- Eine Finanzberatung, die an den Bedürfnissen des Kunden ausgerichtet ist. Vertriebsanreize müssen demgegenüber in den Hintergrund treten.
- Eine strukturierte Beratung, die die finanzielle Situation und finanziellen Ziele des Verbrauchers berücksichtigt.
- Die Verkaufsempfehlung orientiert sich daran, zunächst die existenziellen Bedürfnisse abzudecken, bevor es um eine Erhöhung des Lebensstandards oder um die Vermögensmehrung geht.
- Ein einseitiges Produktinformationsblatt, das es erleichtert, die wesentlichen Eigenschaften des Finanzproduktes schnell zu erfassen (Risiken, Rendite, Kosten, Verfügbarkeit, Besteuerung).
- rechtliche Verankerung des Berufs "Honorarberater".

Welchen "Hut" hat der Anlageberater auf?

Wer ein Finanzprodukt kaufen will, der kann und soll auch weiterhin frei entscheiden, an wen er sich wendet: an ein Finanzinstitut (das heißt eine Bank, Sparkasse oder Volks- und Raiffeisenbank), einen Makler/Vermittler oder Berater. Diese Auffassung teilen sowohl das Ministerium als auch die Wirtschaft.

Aber: es muss klarer werden, wo die Interessen des Anlageberaters liegen. Viele Verbraucher wissen oft nicht genau, wer ihnen gegenüber sitzt: ein Vermittler, der vom Verkauf von Finanzprodukten profitiert, oder ein unabhängiger Berater, der von der Beratungsleistung lebt und hierfür ein Honorar erhält? Ein solcher Berater verkauft Finanzprodukte selbst nicht und verdient hieran nichts. Deswegen sind weite Teile der Versicherungs- und Finanzwirtschaft mit dem Ziel des Verbraucherministeriums einverstanden, den Beruf des Honorarberaters gesetzlich zu definieren. Solche Definitionen gibt es bereits zum Beispiel für den Steuerberater und den Rentenberater.

Ökonomische Grundbildung

Zins und Zinseszins und Inflationsrate: Der Alltag der Berater zeigt, dass viele Menschen Probleme mit dem kleinen "1x1" der Finanzwelt haben. Einigkeit besteht deswegen darin, dass das Wirtschafts- und Finanzwissen der Menschen dringend verbessert werden muss.

Verbraucherschutzabteilungsleiter Christian Grugel: "Sowohl die Schul- als auch die Erwachsenenbildung sind hier wichtig, denn wir können bei dem Thema nicht auf die zukünftige Generation warten." Das Bundesverbraucherministerium will deswegen an die Bundesländer herantreten, da sie für Bildung zuständig sind.

Der Anleger zählt

Lehman-Zertifikate dürften auch deswegen so stark im Umlauf gewesen sein, weil die Verkäufer

dafür in vielen Fällen lukrative Verkaufsprovisionen und Boni erhalten haben. Diese Situation scheint unverändert, berichten Gewerkschaften und Bankberater. Vertriebsanreize wie etwa ein 14. oder 15. Monatsgehalt, aber auch hoher Verkaufsdruck von "oben" beeinflussen die Anlageberatung. Das Bundesverbraucherministerium wird weiter prüfen, wie dies geändert werden kann. "Die Betriebsvorgaben", fordert Ilse Aigner, "müssen den Beratern immer einen ausreichenden Spielraum für eine sachgerechte Beratung ermöglichen."

Bis Sommerende will das Verbraucherministerium eine endgültige Fassung des Thesenpapiers vorlegen.

Neue Beratungs- und Dokumentationspflicht Ab dem 1. Januar 2010 sind die Banken verpflichtet, den Inhalt jeder Anlageberatung bei Privatanlegern zu protokollieren und den Kunden eine Ausfertigung des Protokolls auszuhändigen. Darin muss der wesentliche Ablauf des Beratungsgesprächs nachvollziehbar protokolliert werden. Dazu gehören insbesondere die Angaben und Wünsche des Kunden sowie die vom Bankmitarbeiter erteilten Empfehlungen und die hierfür maßgeblichen Gründe. Das Protokoll bekommen die Kunden noch vor Vertragsschluss übermittelt. Der Kunde hat ein einwöchiges Rücktrittsrecht, sollte das Protokoll unrichtig oder unvollständig sein.

Abschaffung der kurzen Sonderverjährungsfrist Schon jetzt gilt für Schadensersatzansprüche wegen Falschberatung bei Wertpapieranlagen die regelmäßige Verjährung. Das bedeutet: Ansprüche verjähren nicht mehr in drei Jahren seit Vertragsschluss. Die Dreijahresfrist setzt erst dann ein, wenn der Anleger von dem Schaden erfahren hat. Unabhängig von der Kenntnis des Anlegers vom Schaden verjähren die Ansprüche jedoch spätestens in zehn Jahren.



Kontext

Vollständiger Entwurf des Thesenpapiers
Checkliste für Beratungsgespräche und Checkheft "Altersvorsorge"
Broschüre "Verbraucherschutz kompakt"
Verbraucherschutz im Versicherungsrecht
Website "Geld & Versicherungen" des Verbraucherzentrale-Bundesverbandes



Foto: ddp / Gottschalk
Elektroautos: eine umwelt- freundliche Alternative

Energie + Wohnen

Das Elektroauto im Einsatz

50 Elektro-Minis fahren durch Berlin. Einen davon steuert Carl Wuebcken, der Chef der Studio Babelsberg AG. Für den Spitzenmanager ist es nicht das erste Mal, dass er ein Elektroauto ausprobiert.

Frankfurt am Main, 1985. Carl Wuebcken ist 29 Jahre alt, Ingenieur der Elektrochemie, und hat ein Erlebnis, das ihn bis heute nicht loslässt: Im Rahmen seiner Forschungsarbeit bekommt er die Gelegenheit, ein Elektroauto zu testen. "Einen Golf 1", erinnert er sich, "um die 25 PS. Ein Prototyp."

Nicht im Traum wäre Wuebcken eingefallen, dass er noch manche berufliche Schleife drehen würde, bevor er schließlich Chef der traditionsreichen Filmstudios werden würde. Dass er irgendwann das Experiment "Elektroauto" wiederholen wollte, war dem Autofan dafür umso klarer.

24 Jahre später, Berlin 2009. Durch Zufall erfährt der heute 52-Jährige vom Pilotprojekt "Mini E Berlin" und setzt seinen alten Wunsch in die Tat um. Es fand ein aufwendiges Auswahlverfahren mit 700 Bewerbern statt. Der Babelsberg-Chef sowie 49 Berlinerinnen und Berliner wurden ausgewählt, für die nächsten sechs Monate mit je einem batteriebetriebenen Kleinwagen durch die Hauptstadt zu fahren. Der Startschuss für den größten Feldversuch zur Elektromobilität in Deutschland war gefallen.

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel war bei der feierlichen Übergabe der 50 Elektroautos im Juni persönlich dabei. "Elektrofahrzeuge, angetrieben durch Strom aus erneuerbaren Energien, sind eine Schlüsseltechnologie für den Verkehr der Zukunft." Er lobte "Fahrspaß, Effizienz und Umweltfreundlichkeit" der Testwagen. Auch wichtig: Dass der Strom aus erneuerbaren Energien stammt. "Erst hierdurch werden die Elektrofahrzeuge zu wirklichen Null-Emissions-Fahrzeugen." Denn bei der Nutzung des herkömmlichen, konventionell erzeugten Stroms würden die CO₂-Emissionen nur vom Verkehrssektor in den Bereich der Kraftwerke verlagert. Elektromobilität solle auch den Automobilstandort Deutschland stärken.

Die Bundesregierung fördert die Entwicklung der Elektromobilität, auch das Projekt "Mini E Berlin". BMW und der Energieversorger Vattenfall haben sich für den Alltagsversuch eines Elektro-Mini Coopers in Berlin zusammen getan. Während die bayerische Autofirma die Wagen stellt, kümmert sich das Energieunternehmen um den Strom aus erneuerbaren Quellen wie Wind- oder Sonnenenergie. Für die Stromversorgung stehen den Elektro-Minis 50 Strom-Zapfsäulen in der Hauptstadt zur Verfügung. Auch RWE und Daimler bauen seit September 2008 eine Infrastruktur für Elektroautos in Berlin auf. Bis Ende 2009 sollen für 100 Elektro-Smarts 500 Stromtankstellen aufgestellt werden. VW und der Energieversorger E.ON planen ebenfalls den Probebetrieb eines elektrisch angetriebenen PKWs für den Großraum Berlin. Alles mit finanzieller Unterstützung durch

die Bundesregierung.

Der Elektro-Wagen im Test

Carl Woebcken wagt den Praxistest. Wie ist es denn nun, wenn man jeden Tag "elektronisch" unterwegs ist? Für einen der wichtigsten Männer der Filmbranche gehört ein großer Auftritt zum Job. Auch wenn das Testauto keine Limousine ist: "Der Mini E fällt auf", stellt Woebcken fest. Während andere Wagen Geräusche machen, gibt das Elektroauto keinen Ton von sich. "Es ist jedes Mal ein frappierendes Erlebnis, wenn das Auto absolut geräuschlos dahinschwebt. Ein Ruhepol mitten im Stadtverkehr."

Und wie läuft es mit dem Tanken? Der projektbeteiligte Energieversorger hat an verschiedenen Stellen Berlins Ladestationen aufgestellt. Falls es knapp wird, steckt man dort einfach das Kabel ein und tankt "grünen" Strom. "Meistens ist das Aufladen in der Stadt nicht mal nötig", sagt Woebcken. Etwa 150 Kilometer weit reiche die Batterie bei normalem Fahrverhalten.

"Einmal von Berlin nach Potsdam-Babelsberg und zurück. Eine Extrarunde ist auch noch drin, wenn man abends was essen gehen will." Maximal fünf Euro kostet eine Tankladung Strom. Über Nacht in die Ladebox in der Garage eingestöpselt, ist die Batterie schon nach drei bis vier Stunden wieder voll.

Mit dem alten Elektro-Modell, das Woebcken Mitte der 80er Jahre testete, hat der neue Testwagen nicht viel gemeinsam. "Er zieht an wie ein Sportwagen", sagt der Autofan, der auch privat einen ähnlichen Wagen fährt.

2010 startet in Berlin die zweite Testphase, für die man sich ab Herbst 2009 bewerben kann.

Fahrtechnische Daten - Der Mini E hat eine 204 PS (150kW) starke Motorisierung, die ein maximales Drehmoment von 220 Newtonmeter aktiviert. Der Wagen beschleunigt in 8,5 Sekunden von 0 auf 100 – bis zu einer elektronisch begrenzten Höchstgeschwindigkeit von 152 km/h. Moderne Lithium-Ionen-Batterien speichern den Strom an Bord. Die Reichweite des Wagens liegt bei 150 bis 170 Kilometern bei normaler Fahrt und bei 250 Kilometern bei energiesparender Fahrweise.



Kontext

Nationaler Entwicklungsplan "Elektromobilität"
Nationale Strategiekonferenz "Elektromobilität"

Ein Schritt zu mehr Datenschutz

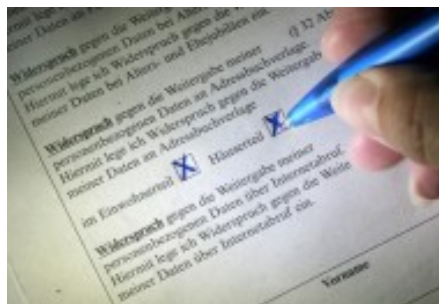


Foto: picture-alliance/ dpa

Vor der Datenweitergabe muss eingewilligt werden

Dem Handel mit Adressen und Daten sind ab dem 1. September klarere Schranken gesetzt. Das regelt das im Juli überarbeitete Datenschutzgesetz. Dies ist ein Fortschritt im Kampf gegen den Datenmissbrauch und für mehr Transparenz in der Datenverarbeitung.

Anlass für die Änderungen waren die Datenschutzskandale der Vergangenheit. So deckte der Bundesverband der Verbraucherzentralen im August 2008 auf, wie leicht es ist, illegal gehandelte Daten zu erwerben. In einem Scheingeschäft wurden für nur 850 Euro sechs Millionen Datensätze gekauft, darunter viele Datensätze mit Kontonummern.

Daten nur mit Zustimmung weitergeben

Künftig dürfen Daten grundsätzlich nur weitergegeben werden, wenn der Betroffene vorher eingewilligt hat. Damit ihm eine solche Zustimmung nicht einfach untergeschoben wird, ist Aufmerksamkeit bei Vertragsabschluss wichtig. Der Verbraucher sollte besonders das Kleingedruckte im Vertragstext beachten, bevor er eine Unterschrift leistet. Die entsprechende Textpassage muss – so das neue Gesetz – optisch deutlich hervorgehoben sein.

Bei Datenübermittlungen für Werbezwecke haben Betroffene einen Anspruch, Herkunft und Empfänger der Daten zu erfahren. Außerdem enthält das Gesetz ein Kopplungsverbot: So ist es vor allem marktbeherrschenden Unternehmen verboten, den Abschluss eines Vertrages davon abhängig zu machen, dass der Kunde in die Verwendung seiner Daten für Werbung einwilligt.

Für diese grundsätzlichen Regelungen gibt es einige Ausnahmen: Werbewirtschaft, Medienunternehmen und Meinungsforscher dürfen weiterhin listenmäßig erfasste Daten bestimmter Personengruppen nutzen. "Listenmäßig erfasst" sind Name, Beruf, Adresse, Geburtsjahr und Titel. Zu den Personengruppen, deren Daten verwendet werden dürfen, gehören etwa die Kunden eines bestimmten Unternehmens oder die Abonnenten einzelner Publikationen. Die Firmen müssen die Empfänger ihrer Werbeschreiben jedoch darüber informieren, woher die Daten ursprünglich stammen. Damit soll den Adressaten ermöglicht werden, einer solchen Weitergabe und Nutzung ihrer Daten wirksam zu widersprechen. Die Einwilligungserfordernis gilt ebenfalls nicht für Eigenwerbung und berufsbezogene Werbung, zum Beispiel auf einem Briefkopf unter der beruflichen Anschrift. Auch die Werbung für Spenden, insbesondere seitens gemeinnütziger Organisationen, bedarf nicht der Zustimmung der Werbungsempfänger.

Der Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, Peter Schaar: "Es ist ein Fortschritt, dass Unternehmen, wenn sie fremde Daten verwenden, deutlich machen müssen, wo diese herkommen. Bisher gab es eine solche Verpflichtung nicht."

Das Gesetz stärkt auch die Stellung des Datenschutzbeauftragten in den Betrieben. So gibt es für diese Mitarbeiter einen Sonderkündigungsschutz. Außerdem erhalten sie das Recht, auf Kosten des Betriebes an Weiterbildungsveranstaltungen teilzunehmen.

Grundsatzregelung zum Datenschutz der Arbeitnehmer

Die bisher für das Arbeitsverhältnis angewandten allgemeinen Regelungen des Bundesdatenschutzgesetzes werden durch eine neue Grundsatzregelung zum Arbeitnehmerdatenschutz transparenter: Nur wenn es für die Begründung, Durchführung oder Beendigung des jeweiligen Beschäftigungsverhältnisses erforderlich ist, dürfen personenbezogene Daten eines Beschäftigten erhoben, verarbeitet oder genutzt werden. Zur Aufdeckung von Straftaten, die im Beschäftigungsverhältnis begangen wurden, dürfen personenbezogene Daten eines Mitarbeiters nur verwendet werden, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für eine Straftat vorhanden sind.

Schaar meint dazu: "Die Zweckbindung von Beschäftigtendaten wird gestärkt – verdachtslose Massenscreenings wie bei der Deutschen Bahn AG darf es nicht mehr geben."

Höhere Strafen

Der Missbrauch von Daten durch unseriöse Praktiken bei der Markt- oder Meinungsforschung wird erschwert. Künftig dürfen die Daten aus Umfragen und Analysen nur noch für Forschungszwecke verwendet werden. Außerdem sind sie so früh wie möglich zu anonymisieren. Sie verlieren damit für individuelle Werbemaßnahmen an Bedeutung.

Die Pflicht zur Meldung von Datenschutzverstößen wird es Betroffenen wie Datenschutzbehörden erleichtern, Folgeschäden zu vermeiden und Verantwortliche zur Rechenschaft zu ziehen. Außerdem hat der Gesetzgeber höhere Bußgelder festgeschrieben: Für Verstöße gegen formale Pflichten (zum Beispiel Verletzung der Meldepflicht) sind Bußgelder bis zu 50.000 Euro möglich. Bei anderen Verstößen, die vor allem den unzulässigen Umgang mit Daten betreffen, drohen Strafen sogar bis zu 300.000 Euro.



Kontext

Informationen zum Gesetz
Informationen des Bundesinnenministeriums zum Thema "Datenschutz"
Bundesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit
Neues Datenschutzforum beim Bundesbeauftragten für den Datenschutz





60 Jahre Bundesrepublik Deutschland
20 Jahre Friedliche Revolution und deutsche Einheit

Foto: REGIERUNGonline

Umwelt + Nachhaltigkeit

Die Mauer fiel – auch wegen der Umweltbewegung

"Hände hoch, Maschine aus!" Mit diesem Befehl stürmte ein zwanzigköpfiges Einsatzkommando der DDR-Staatssicherheit in der Nacht zum 25. November 1987 die Umweltbibliothek der Berliner Zionskirche. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter waren gerade dabei, die neueste Ausgabe der "Umweltblätter" zu drucken. Die Stasi verhaftete sieben Leute und beschlagnahmte Druckmaschinen und Schriften.

Noch in der gleichen Nacht wird eine Mahnwache in der Kirche eingerichtet. In den darauffolgenden Tagen kommen hunderte Oppositionelle aus dem ganzen Land zu Solidaritätsveranstaltungen im Gotteshaus zusammen. Auch anderswo halten DDR-Bürger Mahnwachen. Die breite Reaktion und das große Medienecho im Ausland zwang die Staatsführung, die Verhafteten wieder freizulassen.

1986 hatte die Bibliothek in den Kellerräumen des Pfarrhauses ihre Arbeit aufgenommen. Dort gab es Raritäten: Literatur zu Frieden, Umwelt und Entwicklungshilfe, illegale Zeitschriften. Alle zwei Tage traf man sich zu Ausstellungen, Konzerten, Vorträgen. Neben den "Umweltblättern" druckte sie auch Nummern anderer illegaler Zeitschriften. Mehr und mehr übernahm die improvisierte Druckerei Aufträge oppositioneller Gruppen aus der gesamten DDR.

Umweltkrise – mit den Händen zu greifen

Die Verhaftungsaktion zeigt, welche politische Sprengkraft die Stasi der Umweltbewegung zumaß. Deutlich wurde aber auch der Rückhalt, den Umweltgruppen in der Opposition der DDR hatten. Nicht ohne Grund: Die Umweltprobleme des Landes waren offenkundig. "Der Smog in Halle war so stark, dass ich mich verlaufen hatte in der Stadt." So erinnert sich die Meteorologin Rosemarie Benndorf an ihre Anfänge in der Umweltbewegung. Heute Mitarbeiterin im Umweltbundesamt, hatte sie 1972 in der Händelstadt ihre erste Stelle angetreten.



Foto: picture-alliance/ ZB
Industrieanlagen in Bitterfeld vor der Wende

70 Prozent ihres Energiebedarfs bestritt die DDR aus Braunkohle und hatte deswegen eine der höchsten Emissionen in Europa. Die Folge: in besonders belasteten Regionen wie Leipzig, Halle oder Chemnitz erkrankte jedes zweite Kind an Atemwegserkrankungen.

Über die Hälfte der Wälder des Landes war beschädigt. Von den Gewässern konnten nur 20 Prozent für Trinkwasser mit normalen Aufbereitungstechniken genutzt werden. Intensive Landwirtschaft und undichte Mülldeponien verunreinigten das Grund- und Oberflächenwasser zusätzlich. In ehemaligen Braunkohlegruben dümpelten hochgiftige Chemikalien.

Umweltschutz auf dem Papier

Umweltschutz wurde zwar schon 1968 in der DDR als Staatsziel in die Verfassung aufgenommen – noch vor der Bundesrepublik. Und als zweites Land in Europa erließ das Land im Mai 1970 ein umfassendes Umweltschutzrahmengesetz. Anfang der 70er Jahre schlug die SED-Führung jedoch einen neuen Kurs ein: Was erwirtschaftet wurde, sollte Massenbedürfnisse befriedigen. Das hieß beschleunigter Wohnungsbau, Preisstopp für Konsumgüter und Dienstleistungen, mehr Waren in den Geschäften. Modernisierungen der Produktion und dringende Investitionen in die Umweltinfrastruktur unterblieben damit.

Der ökologische Preis dieser Politik war Tabu: 1982 erklärte der Ministerrat Umweltdaten weitgehend zur Verschlussache.

Das grüne Kreuz

Umweltzerstörung, ihre Vertuschung und Gesundheitsgefährdung wollten viele Menschen nicht akzeptieren. Kritik sammelte sich vor allem unter dem Dach der evangelischen Kirche.

1979 kamen in Schwerin junge Menschen zu einem kirchlichen Jugendwochenende zusammen und pflanzten entlang einer neuen Straßenbahnlinie 5.000 Bäume. Die Aktion wurde in der ganzen DDR aufgegriffen. Es entwickelte sich eine regelrechte "Baumpflanzbewegung", die zur Gründung von Umweltgruppen in vielen Städten führte. Außerdem traf man sich in Schwerin oder Berlin zu ökologischen Seminaren, in Potsdam zu Radsternfahrten. Kleine grüne Tonkreuze, die erstmals auf dem Evangelischen Kirchentag 1983 in Dresden angefertigt wurden, wurden zum Symbol der kirchlichen Umweltbewegung.

Theoretische Fundamente und Vernetzung

Intellektueller Knotenpunkt der christlichen Umweltbewegung war das "Kirchliche Forschungsheim Wittenberg" (KFHW), das dem Thema "Umwelt" vor allem durch ethisch-theoretische Auseinandersetzung Öffentlichkeit verschaffte. Durch die Aufschrift "Nur für den innerkirchlichen Dienstgebrauch" vor staatlicher Zensur geschützt, konnte es Schriften produzieren und verbreiten, etwa die "Briefe zur Orientierung im Konflikt Mensch-Natur". Im "Erde-Kreis", der sich ab 1977 drei- bis viermal im Jahr traf, kamen Techniker, Mediziner, Biologen, Mathematiker und Theologen aus der ganzen DDR zusammen.

Das Ende der 70er Jahre erschienene Werk "Die Erde ist zu retten" wurde für viele

umweltengagierte Christen zum Kompass und erschien bis 1988 in fünf Auflagen. In Ost und West verteilt wurde "Pechblende" aus demselben Jahr. Michael Beleites, 24-jährig und seit 1982 von der Stasi verfolgt, hatte darin die Gefahren des Uranbergbaus dokumentiert. Videoaufnahmen uranhaltiger Halden, von Wassereinleitungen und Schlammbergen gelangten sogar in die ARD-Sendung "Kontraste".

Ab 1981 fand auf Initiative des Kirchlichen Forschungsheims Wittenberg jährlich an einem Wochenende um den 5. Juni, dem UN-Weltumweltag, die Aktion "Mobil ohne Auto" statt. Nichtreligiöse Menschen wollte man mit einer Ausstellung ansprechen, die in touristisch interessanten Kirchen wie der Kreuzkirche in Dresden oder dem Bad Doberaner Kloster zu sehen war.

1983 waren schon fast 30 Umweltgruppen, 1988 an die 80 Umweltgruppen beim KFHW registriert. Darin waren, so schätzt man, 550 bis 850 Personen aktiv.

Umweltschutz vor Ort



Foto: ARGUS-Archiv

Lokale Umweltgruppen setzten sich auch für den Erhalt der historischen Innenstädte ein

Die Umweltprobleme vor Ort zu thematisieren, war auch das Anliegen der "Arbeitsgruppen Umwelt" oder "Interessengemeinschaften Stadtökologie". Sie hatten sich in den 80er-Jahren von der "Gesellschaft für Natur und Umwelt" abgespalten, einer Fachorganisation innerhalb des staatlichen "Kulturbunds". Die GNU war die Antwort von oben auf das wachsende Umweltinteresse.

Die IGs existierten in vielen Städten und verstanden sich als umweltpolitische Bürgerinitiativen. Ihr Ziel: eine ökologischere Arbeits- und Lebensweise – besseres Recycling, Gewässerschutz, weniger Bodenversiegelung. Mit Plakaten, Faltblättern, Vortragsabenden versuchten sie, das Umweltbewusstsein im Alltag zu schärfen und Aktionen zu starten. Auch diese Gruppierungen waren im Visier der Staatssicherheit und wanderten auf einem schmalen Grat zwischen Duldung und Repression.

Herbst 1989

Wie hat die Umweltbewegung zur friedlichen Revolution beigetragen? "Durch das Selbstständig- und Aktiv-Werden und das Entwickeln eigener Ideen. Wir hatten ja in unserem Bereich im Kleinen demokratische Strukturen geschaffen, die die Befassung mit anderen Themen mit vorbereitet haben", resümiert Rosemarie Benndorf. Auch die permanente Herausforderung des Staats setzte einen Prozess in Gang: "Wenn man einmal den kleinen Finger hat, dann nimmt man mehr und mehr." Michael Beleites, heute Leiter der sächsischen Stasi-Unterlagen-Behörde, sieht deswegen

auch in der Umweltbewegung einer der drei Säulen der DDR-Opposition.

Insofern wundert es nicht, dass die Umweltkrise Thema im Herbst 1989 war und mit dem Ruf nach Wahlen und Bürgerbeteiligung Hand in Hand ging. Bürgerrechtsbewegungen wie "Demokratie jetzt" oder der "Demokratische Aufbruch" forderten eine ökologische Umgestaltung der Gesellschaft. Mitglieder der Umweltgruppen waren an der Gründung von Bürgerbewegungen und der zwei grünen Parteien "Grüne Partei" und "Grüne Liga" im Herbst beteiligt. Die Umweltbewegung fehlte auch nicht am Runden Tisch. Und Vertreter von ihnen als Minister zu berufen, daran kam auch die letzte von der SED geführte "Regierung der nationalen Verantwortung" nicht vorbei.



Kontext

Broschüre "Beitrag der Umweltpolitik zur nachhaltigen Entwicklung Ostdeutschlands"
Sonderseite "60 Jahre Bundesrepublik Deutschland und 20 Jahre friedliche Revolution und deutsche Einheit"
Bundesstiftung "Aufarbeitung der SED-Diktatur"

Empfehlenswerte Links

- ▶ Kostenlose Bürgerhotline zur Influenza A/H1N1 des Bundesgesundheitsministeriums [↗](#)
 - ▶ Neues Bevölkerungsschutzportal des Bundesinnenministeriums [↗](#)
 - ▶ Tag der offenen Tür der Bundesregierung am 22./23. August 2009 [↗](#)
-

Lesetipps

- ▶ Gesetz gegen unerlaubte Telefonwerbung ist in Kraft getreten [↗](#)
 - ▶ Gesetzliche Neuregelungen im Juli und August [↗](#)
 - ▶ Aktuelle Broschüre "Fahrgastrechte – Clever reisen!" [↗](#)
 - ▶ Stark nachgefragt: die Europäischen Verbraucherzentralen [↗](#)
-

Impressum

Herausgeber:

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
Dorotheenstraße 84
10117 Berlin
Telefon: 030 18 272-3261
Fax: 030 18 272-3269
internetpost@bpa.bund.de

Briefanschrift:

11044 Berlin

Verantwortlich:

Claus Zemke

Redaktionsleitung:

Caroline König

Stellvertretung:

Jaime Sperberg

Redaktion:

Renate Behrendt, Michael Kantowski, Caroline König, Antonia Rofagha, Ines Seeger, Jaime Sperberg, Sina Tschacher, Christine Wackernagel

Redaktionsassistentz, Layout und Technik:

Yvonne Ableidinger

Bildagentur

verantwortlich Ulrich Weichert

Fotoredaktion

Silke Hinkelmann, Christian Stutterheim, Raik Tybussek

Fotografen

Guido Bergmann, Steffen Kugler, Sandra Steins

Realisierung:

Realisiert wird das Informationsangebot im Auftrag des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung von der]init[Aktiengesellschaft für digitale Kommunikation

Hinweise:

Durch die Digitalisierung von Daten können Fehler auftreten.
Beim Einsatz unterschiedlicher Browser für das World Wide Web und aufgrund unterschiedlicher Software-Einstellungen kann es bei der Darstellung der Daten zu Abweichungen kommen. Das dem Informationsangebot zugrunde liegende Originalmaterial kann gegebenenfalls beim BPA angefordert werden.

Copyright für Bilder, soweit nicht anders vermerkt:

REGIERUNGonline

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

Referat 403

Postfach

11044 Berlin

Infotelefon:

Nutzen Sie auch das Info-Telefon der Bundesregierung unter 0180 272-0000.

Montags bis freitags von 8:00 Uhr bis 18:00 Uhr zum Ortstarif.

Datenschutzerklärung:

Vorschriften über den Datenschutz

